

Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Annette Karl, Ruth Müller, Florian Ritter** und Fraktion (SPD)

Für eine gerechte und nachhaltige Agrarpolitik - faire Rahmenbedingungen an den Märkten und Schutz unserer Ressourcen bei der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag bekennt sich zu unserer mittelständischen Landwirtschaft und zeigt sich besorgt über den anhaltenden Strukturwandel. Der Landtag stellt fest, dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht dazu geeignet ist, mittelständische und bäuerliche Strukturen auf Dauer zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundes- und Europaebene für eine wirkliche Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik einzusetzen.

Insbesondere muss in der kommenden Finanzperiode gewährleistet sein, dass

- die pauschalen Flächenzahlungen bis zum Ende der kommenden Finanzperiode im Jahr 2028 schrittweise weitestgehend abgeschafft werden.
- Ökologisierungsprämien in der ersten Säule künftig ebenfalls mit einem Zuschlag für die ersten Hektare belegt werden können.
- bei Agrarumweltmaßnahmen ebenfalls Zuschläge für die ersten Hektare ermöglicht werden.
- das Tierwohl stärker als bisher durch die Gemeinsame Agrarpolitik berücksichtigt wird.

Darüber hinaus ist bei einer Novellierung der Gemeinsamen Marktordnung sicherzustellen, dass

- die Erzeuger gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel gestärkt werden.
- Marktbeobachtungsstellen verstetigt beziehungsweise geschaffen und ausreichend finanziert werden.
- ein Kriseninstrument entwickelt wird, welches bei schweren Marktkrisen die bestehenden Strukturen sichert.

Begründung:

VorAn - Dokument - ID: 43499 eingereicht von Opitz, Jacqueline am 11.07.2019 - 11:42

1

SPD Status: eingereicht seit 11.07.2019 - 11:42

Ersterfasser: Josef Kollmannsberger

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik steht seit Jahren in der Kritik der Gesellschaft. Die Ausrichtung ist weder gerecht noch nachhaltig. Und sie ist auch nicht im Sinne unserer kleinen und mittelständischen Betriebe!

Fakt ist:

- Rund 80 Prozent der gesamten EU-Mittel werden an nur 20 Prozent der (oftmals industriellen) Agrarbetriebe weiter gereicht.
- Rund 70 Prozent der gesamten Förderung sind an die Fläche gebunden, ohne weitreichende Auflagen. Das bedeutet, wer viel Land bewirtschaftet, erhält viel Förderung, unabhängig von der nachhaltigen Ausrichtung der Bewirtschaftung.
- Nur rund ein Viertel der gesamten Mittel werden für Naturschutzleistungen wie den Ökolandbau oder Blühstreifen verwendet – und die Kommission plant hier weitere Kürzungen.
- Rund 80 Prozent der Höfe mit dem geringsten Einkommen bekommen laut ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim) nur 25 Prozent der Direktzahlungen.
- Die derzeitige EU Agrarpolitik trägt nicht zum Erhalt der vielfältigen Strukturen bei, sie fördert den Wandel zu größeren Einheiten in der Landwirtschaft, EU weit haben zwischen den Jahren 2003 und 2013 ein Drittel der Höfe aufgegeben.

Aus diesen Gründen ist es dringend erforderlich, die Gemeinsame Agrarpolitik, die jeder EU Bürger durchschnittlich mit 114 Euro im Jahr finanziert, auf neue Füße zu stellen.

Wir brauchen einen radikalen Neuanfang in der Agrarpolitik, welcher zukünftig gewährleistet, dass

- öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen bereit stehen!
- durch eine notwendige Regulierung der Märkte (insbesondere in Krisensituationen) unsere Bäuerinnen und Bauern mit anständigen Preisen von ihrer Arbeit gut leben können!
- die Artenvielfalt gestärkt wird!
- die natürlichen Ressourcen geschont und das Tierwohl verstärkt gefördert wird!
- der Ländliche Raum attraktiv und wettbewerbsfähig gestaltet wird!
- die Produktion unserer Landwirtschaft nicht zu Lasten von Drittländern stattfindet!